

XIX. GP-NR  
2 /ABPR

1994 -12- 28

zu 2 /JPR

1994 12 28

### A N F R A G E B E A N T W O R T U N G

Die Abgeordneten Renoldner und Genossen haben am 16. Dezember an mich im Zusammenhang mit der Eröffnung der Ausstellung von Arbeiten von Studierenden der Hochschule für angewandte Kunst am 13. Dezember an mich eine Anfrage gerichtet; deren Wortlaut aus der Beilage ersichtlich ist.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Im Anschluß an eine Ausstellung von Arbeiten von Studierenden der Akademie am Schillerplatz wurde an mich von Lehrenden und Studierenden der Hochschule für Angewandte Kunst das Anliegen herangetragen, in der Säulenhalle des Parlaments auch Arbeiten von Studierenden dieser Hochschule zu präsentieren.

Ich habe in Aussicht gestellt, diesem Wunsch einer österreichischen Kunsthochschule Rechnung zu tragen, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt werden, deren Erfüllung mir notwendig erscheint, um im Parlamentsgebäude eine solche Ausstellung präsentieren und die Verantwortung dafür übernehmen zu können. Zu diesen Bedingungen gehörte, daß die Säulenhalle benützbar bleibt und daß ein zentraler Raum im Parlament - bei aller Freiheit der Kritik an politischen und gesellschaftlichen Zuständen - nicht für Herabsetzungen einzelner Mitglieder dieses Parlaments benutzt wird. Weiteren Einfluß auf den Inhalt der Ausstellung oder den Ablauf der Eröffnung habe ich nicht genommen.

Eine Information, die mir ein Mitarbeiter, der durch viele Monate hindurch mit diesem Projekt befaßt war, mit Datum vom 16. Dezember schriftlich vorlegte, enthält u.a. folgende Sachverhaltsdarstellungen:

"1. Das Projekt "Kunst und Politik" wurde von Frau Mag. Franziska Maderthaler (Assistentin an der Hochschule für Angewandte Kunst) Anfang 1994 an Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer herangetragen. Der Vorschlag von Franziska Maderthaler lautete, Studierenden der Meisterklassen Prof. Frohner und Prof. Tasquil Gelegenheit zu geben, in der Säulenhalle des Parlaments Objekte zum Thema "Kunst und Politik" auszustellen.

- 2 -

Die Koordination und Organisation der Ausstellung wurde von Franziska Maderthaler übernommen.

2. Nach mehreren Gesprächen und der Vorlage des Grundkonzeptes hat Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer (vorbehaltlich der Zustimmung der Präsidialkonferenz) die Möglichkeit einer Ausstellung Ende 94 in der Säulenhalle des Parlaments unter zwei Bedingungen in Aussicht gestellt:

- o Formal sollten sich die Objekte, was ihre Größenordnung betrifft, an der Dimension der Säulenhalle orientieren und den freien Durch- und Zugang gewährleisten.
- o Inhaltlich sollte, weil es sich bei der Säulenhalle um einen "überparteilichen" Ort handelt, vermieden werden, daß aktive Abgeordnete - egal welcher Fraktion sie angehören - angegriffen werden. Abgesehen von dieser Einschränkung gibt es für jede Künstlerin und jeden Künstler volle Freiheit, sich in kritischer Form mit dem Thema und mit politischen Institutionen auseinanderzusetzen.

3. Nach einem längeren Diskussionsprozeß wurde von den Professoren Frohner und Tasquil und Mag. Franziska Maderthaler eine Auswahl der Künstlerinnen und Künstler und ihrer Projekte getroffen. Von seiten des Parlaments wurden die Projekte im Vertrauen auf die vorher erwähnte Abmachung weder geprüft noch ausgewählt und damit auch nicht zensuriert."

Aus dieser Darlegung ergeben sich die nachstehenden konkreten Antworten:

ad 1) und 2)

Ich vertrete selbstverständlich den Grundsatz der Freiheit der Kunst und auch den Grundsatz, mich in die Auswahl der Exponate einer Ausstellung nicht einzumischen; aber ich vertrete ebenso den Grundsatz, daß getroffene Vereinbarungen einzuhalten sind, wenn man nicht die Vertrauensbasis zerstören will, die für die Durchführung solcher - ohnehin nicht unumstrittener - Ausstellungen notwendig ist.

ad 3)

Es war und ist nicht meine Absicht, einem bestimmten Kulturverständnis oder einem bestimmten Verständnis von "Kultur und Politik" zum Durchbruch zu verhelfen, sondern es war meine Absicht, einem Ansuchen von Studierenden einer österreichischen Kunsthochschule zu entsprechen in der Annahme, daß die dabei vereinbarten Rahmenbedingungen auch eingehalten werden.

- 3 -

ad 4)

Nein; die von mir hier zitierte Aussage gibt meine grundsätzliche Einstellung gegenüber Zensur wieder. Ich betrachte die Einhaltung von Vereinbarungen auch nicht als Zensur.

ad 5)

Ich habe dazu keine Information; diesbezügliche Anfragen wären an den Herrn Bundesminister für Inneres zu richten. Ich füge als persönliche Bemerkung hinzu, daß ich gerne bereit bin, Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen, einem gefährdeten iranischen Staatsbürger zu helfen.

Beilage